

1. Mai 2009

Rede an der Kundgebung zum Tag der Arbeit

Freitag, 01. Mai 2009

Bürkliplatz, 8001 Zürich

Referat von Frau Gemeinderätin
Regula Rytz

Gemeinderätin für Tiefbau, Verkehr
und Stadtgrün

Die Rede von Regula Rytz wurde am 1. Mai 2009 in Zürich anlässlich der traditionellen Kundgebung zum Tag der Arbeit gehalten. Die damalige Veranstaltung stand unter dem Stern der weltweiten Finanzkrise, die den Menschen schonungslos die Folgen ungezügelter neoliberaler Finanzpolitik aufzeigte. Sie sprach die Sorgen junger Menschen um ihre Zukunft an, sowie die Wichtigkeit, dass die Krise als Chance für die Zukunft gesehen wird. Schon damals forderte sie Investitionen in eine Klimafreundliche Politik im Rahmen eines «Green New Deal», eine Forderung die heute genauso aktuell wie damals ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

20 Jahre nach dem Fall der Mauer ist ein weiteres „**Bollwerk der Ideologien**“ zusammengestürzt. Denn im Gleichschritt mit den Banken wurden auch die neoliberalen Dogmen entzaubert. **Jedes Kind weiss heute:** Nicht die ungezügelten Marktkräfte halten in der Krise die Wirtschaft am Leben, sondern der Staat, der mit Milliarden von Steuerfranken das marode Finanzsystem und als Supplement auch noch ein paar Monopolindustrien rettet.

Die gleichen Leute, **die jahrzehntelang das öffentliche Sparen gepredigt haben**, rufen nun nach staatlichen Milliardenhilfen. Die gleichen Leute, die den gesamten **Service Public** privatisieren wollten, **verstaatlichen** nun die Banken und die Autoindustrie. Die gleichen Leute, die staatliche Regulierungen und Abgaben gefürchtet haben wie der **Teufel das Weihwasser**, können nun nicht genug bekommen von Steuergeldern, für welche Verkäuferinnen und Bauarbeiter hart geschuftet haben.

Die Geschichte hat uns wieder einmal Recht gegeben, aber das ist kein Grund zur Freude. Denn **viele und vor allem junge Menschen** fragen sich heute, ob sie morgen noch einen Ausbildungsplatz oder

einen Lohn haben, ob die **Pensionskassengelder** gesichert sind und ob sie die Krankenkassenprämie noch bezahlen können.

Gerade weil die subventionierten Manager plötzlich das Hohelied des Staates singen, kommt es sehr darauf an, **welche** Politik auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene gemacht wird. Das weiss auch Avenir-Suisse-Chef Thomas Held. Er hat kürzlich gesagt: „**Es kommt mehr Staat auf uns zu. Und deshalb ist die Frage ganz zentral: Wer agiert beim Staat und wie? Gerade in einer solchen Krise brauchte es hochkompetente und unabhängige Leute.**“

Leider braucht sich Thomas Held keine Sorgen zu machen. Es sind leider immer noch seine Leute, die an den Schalthebeln der Macht sitzen. Es sind die Leute, die die Wirtschaft an die Wand gefahren haben. Es sind die Leute, die weniger durch Kompetenz brillieren als durch ihre finanzielle Abhängigkeit von Grosskonzernen und Banken. **Zwar hat die UBS die Wahlspenden für die FDP, die SVP und die CVP vorübergehend eingestellt.** Doch ich bin sicher: Bis zu den National- und Ständeratswahlen in zwei Jahren wird sich schon wieder ein Hintertürchen finden lassen, um gewisse Politiker finanziell bei Laune zu halten. **Wenn wir es nicht verhindern. Und das müssen wir tun!**

68 Milliarden Franken hat der Bundesrat ohne Bedingungen und Auflagen für die Rettung der UBS eingesetzt. Für normalsterbliche Menschen war aus dem Bundeshaus hingegen nicht viel Hilfe auszumachen. **Immerhin wurde zum ersten Mal seit 20 Jahren ein Konjunkturprogramm geschnürt.** Dies wäre vor dem grossen Crash aus ideologischen Gründen undenkbar gewesen. Doch das Konjunkturprogramm ist mager und sämtliche Vorschläge zur Verhinderung von Spekulationen und Bonigeschäften oder zur Stärkung der Kaufkraft von Menschen mit normalen Löhnen wurden abgelehnt.

Doch Bern ist nicht nur Bundesbern. In Bern gibt es auch eine alternative Kulturszene und seit 16 Jahren eine rotgrüne Mehrheit in der Kommunalpolitik. Beide sind heute am 1. Mai hier in Zürich vertreten, **beide repräsentieren das andere Bern.** Die rotgrüne Stadtregierung hat als Massnahmen gegen die Krise z.B. ein ökologisches Impulsprogramm beschlossen und baut weiterhin die familienergänzende Kinderbetreuung aus. Doch auf lokaler Ebene alleine können wir nicht alle Reformen umsetzen, die heute dringend nötig wären. **Uns allen hier ist ja klar: Nach der Krise darf nicht vor der Krise sein.** Sonst geraten wir immer wieder in den gleichen Teufelskreis.

Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass der **Aufbau nach dem Crash ein Umbau** wird, ein sozialer Umbau, ein ökologischer Umbau, ein wirtschaftlicher Umbau: Kurzum: Wir brauchen einen neuen

Gesellschaftsvertrag, der sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht am Diktat der Börse orientiert. Was ist zu tun?

- 1) Wir brauchen einen **green new deal**, also weltweite beschäftigungswirksame Investitionen in erneuerbare Energien, in die Substitution von Atomkraftwerken, in Gebäudesanierungen, in die umweltverträgliche Mobilität, in langlebige und ressourcensparende Produkte.
- 2) Wir brauchen eine wirksame Kontrolle der Finanzmärkte, also zum Beispiel strikte Regeln für die Eigenkapitaldeckung, mehr Transparenz und ein **Maximallohn** für Manager.
- 3) Wir brauchen international geregelte Arbeitsbedingungen und umweltgerechte Produktionsstandards, welche die Ausbeutung von Menschen und Natur weltweit verhindern.
- 4) Wir brauchen existenzsichernde Löhne und Sozialversicherungen, die allen Menschen ein Leben in Würde ermöglichen.
- 5) Wir brauchen einen **demokratisch kontrollierten Service Public**. Die Privatisierungsideologie gehört endgültig auf den Müllhaufen der Geschichte! Niemand darf mit Grundbedürfnissen wie Wasser, Bildung, Gesundheit, Energie oder Mobilität private Gewinne machen. Auch Bodenschätze und Rohstoffe gehören ausschliesslich in die öffentliche Hand.
- 6) Wir brauchen Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz und Bildungsinstitutionen, **die dem Geist der Aufklärung verpflichtet sind**. Der Wettbewerb der Ideen muss die religiösen Dogmen vertreiben, die sich insbesondere in den Wirtschaftswissenschaften eingenistet haben.

Vor allem aber brauchen wir politisch engagierte Menschen, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind und die sich auch für jene Themen hartnäckig einsetzen, die den Medien ideologisch nicht ins Konzept passen, ob das nun die Einforderung von Grundrechten ist – der unsägliche biometrische Pass lässt grüssen – oder zum Beispiel die Lohngleichheit von Frauen und Männern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir haben viel zu tun. Damit wir unsere Ziele erreichen, muss die Mitgliederzahl der Gewerkschaften, der rotgrünen Parteien und der sozialen Bewegungen markant wachsen. **Das erfordert vor allem eines: grosses persönliches Engagement, und zwar nicht nur am 1. Mai, sondern tagtäglich im Quartier, in den Berufsschulen, im Betrieb, an den Universitäten, im Alltag.**

Mir fällt immer wieder auf, dass die bürgerliche Seite heute oft besser und selbstbewusster mobilisieren kann als die Linke – das müssen wir ändern. Wir müssen wieder lernen, für unsere Überzeugungen einzustehen – auch dann, wenn uns am Anfang niemand zuhören will. Wir müssen

wieder lernen, dass Überzeugungsarbeit ein Marathonlauf mit vielen Hindernissen ist – dass sich aber Ausdauer letztlich auszahlt.

Wenn wir wirklich wollen, dass nach der Krise nicht vor der Krise ist, dann sammeln wir also vor dem nächsten Konzert von Endo Anaconda leidenschaftlich Unterschriften gegen die Privatisierung der Stromversorgung und protestieren laut, wenn staatlich entlohnte Wirtschaftsprofessoren wieder mal das Märchen vom unfehlbaren Markt erzählen. **Auf jede und auf jeden von uns kommt es an.** Und nur gemeinsam kommen wir weiter, ganz nach dem alten Motto: „divisi non siamo niente, tutti uniti si vincera!“ An die Arbeit!